ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Beschäftigungsprogramm - Rhein-Main-Donau-Kanal - USA - EG-Japan - Seerechtskonferenz

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1982) : Kurz kommentiert: Beschäftigungsprogramm - Rhein-Main-Donau-Kanal - USA - EG-Japan - Seerechtskonferenz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 2, pp. 57-58

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135645

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Beschäftigungsprogramm

Finanzierungsprobleme

Bereits einen Tag, nachdem sich die Koalition im Kabinett unter großem Theaterdonner auf ein Beschäftigungsprogramm geeinigt hatte, kündigten die im Bundesrat mehrheitlich vertretenen Ministerpräsidenten der CDU ihre Ablehnung der zum 1. 7. 1983 geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer an. Die CDU fordert statt dessen, das Programm durch Einsparungen bei den konsumtiven Ausgaben (1983: Bund 1,7 Mrd. DM, Länder und Gemeinden 1,1 Mrd. DM) zu finanzieren, da die höhere Mehrwertsteuer zu Preissteigerungen und – wie schon von Gewerkschaftsseite angekündigt – höheren Lohnforderungen führen würde.

Bleibt die CDU-Mehrheit im Bundesrat am 5. März bei ihrer Ablehnung, wird sich der Vermittlungsausschuß mit dem Beschäftigungsprogramm befassen müssen.

Die Koalition wird die Investitionszulage und die Mehrwertsteuererhöhung zu einem Paket verknüpfen. Damit fiele es der SPD leicht zu behaupten, daß die Union mit ihrer „Blockadepolitik" angesichts von 2 Millionen Arbeitslosen beschäftigungspolitisch verantwortungslos handele. Der FDP dürften solche Äußerungen schwerer fallen, denn schließlich hat ihr Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff vor nicht allzu langer Zeit selbst die Auffassung vertreten, daß nur ein Beschäftigungsprogramm vorstellbar sei, das durch Ausgabenkürzungen finanziert werde. Kommt es im Vermittlungsausschuß zu keiner Einigung, d. h. lehnt die SPD Ausgabenkürzungen ebenso ab wie die CDU Steuererhöhungen, dann bleibt der Koalition nur die Möglichkeit, auf von der Zustimmung des Bundesrates unabhängige Einnahmequellen zurückzugreifen. In Frage kommen im Grunde nur eine Erhöhung der Mineralölsteuer oder die Einführung einer Ergänzungsabgabe. Die CDU mag darauf spekulieren, daß die FDP hier nicht mitzieht; damit wäre die Koalition gefährdet. Wahrscheinlicher dürfte sein, daß die Freien Demokraten um jeden Preis an der Koalition festhalten werden – auch um den Preis der Aufgabe liberaler Positionen. sf

Rhein-Main-Donau-Kanal

Qualifizierter Baustopp

Seitdem auch für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur die Mittel knapp geworden sind, werden Wirtschaftlichkeitserwägungen wieder stärker beachtet. Gegenwärtig bemüht sich Bundesverkehrsminister Hauff, den Bau des Main-Donau-Kanals im Einvernehmen mit der Landesregierung in München „qualifiziert" zu beenden. Der Kanal hat bisher gut 3 Mrd. DM gekostet und würde bis zur Fertigstellung noch mindestens weitere 2 Mrd. DM verschlingen. Dabei verstärken neuere Untersuchungen die bereits bei Baubeginn vorhandenen Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Projektes. Angesichts mehrfach nach unten korrigierter Schätzungen des Verkehrsaufkommens und eines verschärften Umweltbewußtseins kann es sogar gesamtwirtschaftlich vorteilhafter sein, das Projekt zur Investitionsruine zu erklären, als es zu beenden.

Die bayerische Landesregierung, die ein Drittel der Kosten trägt, setzt sich indes mit Vehemenz für den Weiterbau ein. Einen Eckpfeiler ihrer Argumentation bildet die erhoffte Verbesserung der Standortqualität. Vor der Entscheidung über den Weiterbau des Kanals wäre daher zu untersuchen, ob das ansonsten unrentable Kanalprojekt das Entwicklungspotential der betroffenen Region tatsächlich vergrößert und ob nicht ein vergleichbarer Effekt mit geringerem Aufwand an öffentlichen Mitteln erzielbar wäre. Befragungen von Unternehmen der Region sprechen eher für alternative Maßnahmen wie die Verbesserung des Straßennetzes. Prüfstein für die Weiterführung des Projektes wäre die Frage, ob der Kanal auch dann weitergebaut würde, wenn die Regionalpolitiker die noch aufzuwendenden Mittel für Standortprojekte ihrer Wahl verwenden könnten. Einen „qualifizierten" Baustopp wird Volker Hauff wohl nur durchsetzen können, wenn er Förderobjekte anbietet, die der Region einen mindestens ebenso hohen Nutzen stiften wie der Kanal. he

USA

Schwund an Vertrauen

Ein Jahr nach der Amtsübernahme durch Präsident Reagan befindet sich die amerikanische Wirtschaft mitten in einer scharfen Rezession. Die Aussichten auf eine rasche und kräftige Wiederbelebung der Konjunktur sind gedämpft, die Budgetdefizite drohen auf hohem Niveau zu verharren. Sicherlich sind die Fehlentwicklungen nicht ausschließlich Reagan anzulasten, sondern in erheblichem Maße Resultat der Wirtschaftspolitik seines Vorgängers. Dennoch ist festzustellen, daß die vor und bei der Amtsübernahme gemachten Versprechun-

gen, das Wirtschaftswachstum durch Verbesserung der Angebotsbedingungen in kurzer Zeit zu stimulieren, den Preisanstieg zu bremsen und den Bundeshaushalt bis 1984 auszugleichen, großenteils zumindest in den anvisierten Zeiträumen nicht mehr erfüllbar sind. Wo Fortschritte erzielt werden konnten, so bei der Inflationsbekämpfung, sind sie vor allem auf die restriktive Geldpolitik und die dadurch mitbedingte Konjunkturabschwächung zurückzuführen.

Für ein abschließendes Urteil über die Wirtschaftspolitik Reagans ist es angesichts des Zeitbedarfs ökonomischer Prozesse nach erst einjähriger Amtszeit zu früh. Ein erheblicher Vertrauensschwund aber ist bereits unverkennbar. Mehr als durch die gegenwärtige Rezession dürfte er durch die gedämpften Erwartungen für die weitere Wirtschaftsentwicklung genährt werden. Auch wenn die meisten Prognostiker mit einer Wende zum Besseren im Laufe dieses Jahres rechnen, so ist eine bald wieder florierende Wirtschaft mit Wachstumsraten von 5 % oder mehr – wie jetzt von der Regierung schon für 1983 vorhergesagt – bei gleichzeitig spürbar nachlassender Inflation und einem Budgetausgleich bis zum Ende der laufenden Amtszeit Reagans wohl keine realistische Vision. jh

EG-Japan

Fernziel Marktöffnung

Nachdem Mitte Januar die multilateralen Handelsgespräche zwischen den EG-Staaten, Japan, den USA und Kanada in Key Biscayne ebenso harmonisch – weil unverbindlich – zu Ende gegangen waren wie sie begonnen hatten, kam man in den darauffolgenden Verhandlungen zwischen der EG und Japan hart zur Sache, zumal das bilaterale Handelsdefizit der EG 1981 nochmals um mehr als 3 Mrd. Dollar auf fast 14 Mrd. Dollar angewachsen war. Dabei erschien es zunächst so, als sei Japan der europäischen Seite weit entgegengekommen. So sollen in den nächsten zwei Jahren für insgesamt 1653 Warenpositionen die Zölle vorzeitig um durchschnittlich 15,6 % gesenkt werden. Japan wird dann voraussichtlich das niedrigste Zollniveau der Welt haben. Außerdem hat die japanische Regierung die von der EG vorgelegte Liste von 89 Handelshemmnissen als Verhandlungsgegenstand anerkannt und damit erstmals offiziell eingestanden, daß vor allem nichttarifäre Hindernisse den Marktzugang erheblich erschweren. Bisher war dies hartnäckig bestritten worden.

Doch bleibt die wirksame und umfassende Öffnung des japanischen Marktes weiterhin ein Fernziel. Dabei ist von sekundärer Bedeutung, daß Japan an acht Importquoten für Agrarprodukte festhalten will und 15 Punkte der EG-Liste zu Mißverständnissen erklärt hat. Entscheidend ist das komplexe japanische Absatzsystem, das ausländische Anbieter nur schwer zum Zuge kommen läßt. Dieser Zustand läßt sich aber nicht von heute auf morgen ändern. Erfolge können sich hier nur allmählich und auch nur dann einstellen, wenn die handelspolitischen Bemühungen durch stärkere Anstrengungen der Unternehmen begleitet werden. Daran hat es bisher gemangelt. ko

Seerechtskonferenz

Programmierte Verschärfung

Die nächste Runde der 3. UN-Seerechtskonferenz, die am 9. März beginnen wird, ist durch zwei wichtige Entscheidungen vorgeprägt: Zum einen haben die Amerikaner angekündigt, sich nach einjähriger Bedenkzeit wieder aktiv an den Verhandlungen beteiligen zu wollen. Ob damit allerdings die von Reagan ausgelöste Lähmung der Konferenz aufgehoben wird, erscheint zweifelhaft, da es bei seiner Forderung bleibt, den Dirigismus des vorgesehenen Meeresbergbauregimes auszumerzen.

Zum anderen haben sich vor Beginn der neuen Verhandlungsrunde die in der Meeresbergbautechnologie führenden Industrienationen USA, Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik auf ein Abkommen geeinigt, das der Harmonisierung ihrer nationalen Interimsgesetze für das Aufsuchen und die Gewinnung von mineralischen Rohstoffen in der Tiefsee dient. Die gegenseitige Anerkennung von national erteilten Berechtigungen und die Einigung auf ein bindendes Schlichtungsverfahren ist folgerichtig, da konkurrierende Ansprüche auf bestimmte Abbaufelder zwangsläufig auftreten dürften. Die nationalen Tiefseebergbaugesetze und das Abkommen der großen Vier dienen allerdings nicht nur dem Investitionsschutz. Ihre verhandlungsstrategische Funktion wird durch die Hast unterstrichen, mit der sich die Vier rechtzeitig zu Beginn der nächsten Verhandlungsrunde zu einer Koalition zusammenschmiedeten. In der Bundesrepublik mußte die Eilbedürftigkeit des Paktes sogar dafür herhalten, das Parlament zu einer verfassungsrechtlich bedenklichen Vorwegzustimmung zu einem noch nicht existenten internationalen Abkommen zu bewegen. Damit dürfte eine Verschärfung der Auseinandersetzung mit den Entwicklungsländern und eine weitere Verzögerung des Verhandlungsabschlusses programmiert sein. bo